Pränumerations-Preise:

Für Laibach:	
Halbjährig	8 fl. 40 kr.
Quartjährig	4 „ 20 „
Monatlich	2 „ 10 „
Monatlich	70 „

Mit der Post:

Halbjährig	11 fl. — kr.
Quartjährig	5 „ 50 „
Monatlich	2 „ 75 „

Für Abstellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 13.

Expedition und Inseraten-

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Steinmayer & S. Bamberg).

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

Nr. 120.

Dienstag, 28. Mai 1872. — Morgen: Maximilian.

5. Jahrgang.

Vom neuen Strafprozeß.

Endlich haben wir wieder eine That zu verzeichnen, welche einen entschiedenen Bruch mit den seit lange in Oesterreich herrschenden Zuständen bedeutet, welche die Erfüllung langgehegter Wünsche aller Freunde des Fortschrittes in sich faßt, eine That, welche die Verfassungsrechte zur Wahrheit zu machen geeignet ist und Oesterreich in die Reihe jener Staaten versetzt, welche ihre Einrichtungen auf gesunden Grundlagen aufbauen und die Freiheit des einzelnen, wie die Interessen der Gesamtheit mit schützenden Bollwerken umgeben. Der Justizminister, Dr. Glaser, hat dasjenige, was fast alle österreichischen Minister seit dem Beginne der Verfassungsära regelmäßig versprochen, auch wirklich gehalten, er hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf einer neuen, den Anforderungen der Neuzeit und der freiheitlichen Regierungsform entsprechenden Strafprozeßordnung vorgelegt und damit einem lebhaften Wünsche der österreichischen Juristenwelt entsprochen, die das schleppende des bisher üblichen Inquisitions-Prozesses seit langem peinlich empfunden und sich darnach gesehnt hat, Oesterreich in strafrechtlicher Beziehung wenigstens auf gleiche Stufe mit den vorgeschrittensten Nachbarstaaten gestellt zu sehen.

Das Abgeordnetenhaus hat nach dreimonatlicher reiflicher Durchberathung im Ausschusse und nach dreitägiger lebhafter und gründlicher Erörterung im Parlamente die wichtige Vorlage bis auf das Einführungsgesetz bereits in zweiter Lesung mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Doch nicht bloß für die Juristenwelt des In- und Auslandes, nicht bloß für die Träger der Wissenschaft ist die Einführung einer neuen, auf den vorgeschrittensten Prinzipien beruhenden Strafprozeßordnung von Interesse; es gibt kaum einen Gegen-

stand, der so tief in das gesellschaftliche Leben eingriffe, wie gerade dieser. Ein englischer Staatsmann und Gelehrter that einmal den ganz richtigen Ausspruch, eine Veränderung des öffentlichen Strafrechtes würde Englands soziale Erscheinung stärker umwandeln, als alle möglichen Parlamentsreformen und Verfassungsänderungen. Was aber eben von dem materiellen Strafrechte, das heißt von der Befugnis des Staates gilt, den Begriff des Verbrechens oder Vergehens festzustellen und die Strafen, die den Uebertreter des Gesetzes treffen sollen, zu bestimmen, was von diesem gilt, hat seine Geltung in noch höherem Grade von der Strafprozeßordnung.

Diese ist im wesentlichen nichts anderes als das Gesetz, welches den Vorzug bestimmt, welcher gegen den eines Verbrechens oder Vergehens beschuldigten Staatsangehörigen von den zuständigen Richtern eingehalten werden und wie die Strafe an demselben vollzogen werden soll, um dem beleidigten Gesetze Sühnung zu verschaffen. Welches die Strafe sein soll, dies zu bestimmen, gehört ins Strafgesetzbuch, ins sogenannte materielle Strafrecht. Daraus ist leicht zu entnehmen, wie unendlich wichtig für jedermann die gesammte Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafprozeßes ist. Jeder Staatsbürger kann ja in die Lage kommen, praktisch mit den Bestimmungen der Strafprozeßordnung in Berührung zu kommen, jeder also auch unter den strengen und drückenden Formen derselben zu leiden haben. Schwerlich kennt auch die außerordentlich umfangreiche moderne Gesetzgebung ein Gesetz, welches geeigneter wäre, einen Maßstab abzugeben für den Höhengrad der Freiheitsbestimmungen in irgend einem Staate.

Drei Vorzüge sind es besonders, welche den neuen Gesetzentwurf vor der bisher in Geltung gewesenen Strafprozeßordnung aus dem Reaktions-

jahre 1853 auszeichnen und zugleich den bemerkenswerthesten der vielen Fortschritte bilden, die dadurch erzielt werden sollen. Fürs erste die consequente und allseitige Durchführung des Anklageprinzips. Als ordentliche erste Instanz fungiren nämlich Landesgerichte, die entweder mit oder ohne Zuziehung von Geschwornen zu amtiren haben. Bei jedem Landesgerichte hat eine eigene Rathskammer über Antrag des Untersuchungsrichters zu entscheiden, ob die Erhebung einer Anklage zulässig sei. Das Anklageprinzip spricht sich nun vor allem in dem Grundsatze aus, wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter; darin ferner, daß der Angeklagte nicht mehr gezwungen sein wird, das Holz zu seinem Scheiterhaufen selbst herbeizutragen, sondern der Ankläger die Aufgabe hat, für seine Behauptungen die Beweise beizubringen, und endlich in der Bestimmung, daß wir schon im Laufe der Voruntersuchung an der Seite des Beschädigten den selbstgewählten Verteidiger erblicken, welcher den wichtigsten gerichtlichen Akten anwohnt, die Rechtsmittel für seine Klienten ausführt und fast uneingeschränkt in die Akten Einsicht nehmen kann. Ein weiterer Vorzug ist die volle Durchführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in der Hauptverhandlung, wodurch die strafbare Handlung zunächst dem urtheilssprechenden Gerichte in ihrer Entstehung und der Verteidigung in ihrer Unmittelbarkeit vorgeführt wird. Die Hauptverhandlung findet statt unter Dazwischenkunft eines Staatsanwaltes vor einem Viererichtercollegium, wobei für das Schuldenkenntnis wenigstens drei von den Vierern stimmen müssen, oder vor einem Dreierichtercollegium, wenn Geschworne beizuziehen sind. Männer aus der Mitte des Volkes, sogenannte Geschworne für die Urtheilsfindung, werden also in Zukunft — und das ist der dritte und wichtigste Vorzug — nicht mehr bloß bei Preßvergehen,

Feuilleton.

Tagebücher meiner Nilreise.

Von Franz Wallner.

II. Serie. 1.

Affuan, 7. Jänner 1872.

Gestern abends dinirte der Mudir, Gouverneur von Affuan, mit uns auf dem Schiffe und fand sich trefflich mit der ihm doch ungewohnten Art, mit Messer und Gabel à la Franca zu speisen, ab. Dagegen war er nicht zu bewegen, einen Tropfen irgend eines geistigen Getränkes zu sich zu nehmen. Das Gespräch, bei welchem unser Dragoman Ali Effendi als Dolmetsch assistirte, bewegte sich in lebhaftem Ideenaustausch hin und her. Der Tropenbewohner hatte sogar eine Idee von einem ihm fast ganz fremden Gegenstand, von Eis, denn vor drei Jahren fiel durch die ganze Provinz bis Luxor hinab ein heftiges Hagelwetter, so zwar, daß die erbsengroßen weißen Körner das ganze Land mehrere Zoll hoch bedeckten. Dieses vollständig unbekanntes Naturschauspiel rief unter den Eingebornen, die es nicht begreifen konnten, derartiges Staunen und Entsetzen

hervor, daß man hier noch fortwährend davon spricht, wie man vielleicht bei uns von einem verheerenden Erdbeben sprechen würde.

Wie ergiebig die Steuerkraft des Landes ist, ergibt sich daraus, daß der vierteljährige Ertrag aus dem fernem, wenig bewohnten und wenig kultivirten Suban die enorme Summe von sechzigtausend Pfund Sterling beträgt. Der Mudir von Sudan, welcher den Transport nach Cairo begleiten sollte, ist vor zwei Tagen am Fuße des Kataraktes um's Leben gekommen.

Er landete mit seiner Dahabieh an der Insel Philae. In seiner Begleitung befanden sich seine Lieblingsfrauen und acht Beamte der Regierung. Abends war man an Bord heiter und guter Dinge, trank, gegen das Gebot des Propheten, in reichlichem Maße Arrak und andere geistige Flüssigkeiten, hüllte sich dann in Decken und begab sich am Oberdeck des Schiffes zur Nachtruhe. Am Morgen war der Gouverneur von Sudan spurlos verschwunden, und erst nach langem suchen wurde seine Leiche, ohne Spuren äußerer Gewalt, am Fuße des Kataraktes im Wasser gefunden. Ob er in den Strom gestürzt wurde, ob er freiwillig seinem Leben ein Ende gemacht, ob er zufällig verunglückt, ob der Mörder

vielleicht sein finsternes Werk sich dadurch erleichtert, daß er Gift in den reichlich genommenen Schlaftrunk seines Opfers gethan — wer vermag das zu ergründen? Die Witwen sollen sich wie Löwinnen gebärden und die Trinkgenossen ihres Gatten laut und offen als Mörder anklagen.

Auf unsere Frage, ob die Leiche ärztlich untersucht worden sei, meinte der Mudir, der Hakim (Doctor) habe sie angesehen. Die Ueberreste des Verunglückten sind bereits gestern zur Erde bestattet worden.

Auf telegraphische Meldung des Vorfalles nach Cairo kam sofort der Befehl des Khedive, sämtliche Personen zu verhaften, die sich mit dem Mudir auf demselben Schiffe befunden, und die Sache überhaupt auf das strengste zu untersuchen. Leider wird die Untersuchung wol resultatlos bleiben, denn liegt ein Mord vor, so ist er gewiß nicht von einer einzelnen Person ausgeführt worden, und wo sind die Zeugen dieses Ereignisses einer dunklen Nacht. Die Sache macht um so größeres und peinlicheres Aufsehen, als die Sicherheit von Leben und Eigenthum in Nubien bisher beinahe sprichwörtlich gewesen. Wenn z. B. ein Kameel auf der Wüstenreise zugrundeging, so konnte man die Ladung ruhig mit-

sondern bei allen politischen und gemeinen Verbrechen, welche das materielle Strafgericht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünfjähriger Dauer bedroht, die ganze Schuldfrage zu entscheiden haben.

Dies sind, wie gesagt, die Hauptvorteile der neuen Strafprozessordnung, und damit ist jenen Anforderungen genüge geleistet, welche die moderne Wissenschaft in großen Zügen an eine Strafprozessordnung stellt. Aber damit ist der Umfang jener zahlreichen Verbesserungen, welche durch dieselbe in unserer Kriminalrechtspflege dauernd eingebürgert werden sollen, bei weitem nicht erschöpft. Wir können nur anerkennen, daß überall in den wichtigsten Punkten den modernen Anschauungen meist nach den Grundsätzen, welche das englische Verfahren in Strafsachen beherrschen, sowie den praktischen Erfahrungen, welche die Strafrechtsjustiz in den verschiedenen Staaten Europas ans Licht gebracht hat, gewissenhaft Rechnung getragen wurde.

Wenn es aber noch eines Beweises für die Bedeutung, welche diesem Gesetze innewohnt, bedürfte, die Angriffe, welche von Seite der Clerikalen gegen dasselbe gerichtet werden, haben ihn geliefert. Nicht nur hat es ihr Stimmsführer im Abgeordnetenhaus, Dr. Delz, versucht, durch seinen Antrag auf Einführung von Schöffengerichten die ganze Verhandlung von der Tagesordnung abzulenken und auf die lange Bank zu schieben, sondern geradezu die Zertrümmerung der Rechtsseinheit im Sinne der Hohemwarter'schen Fundamentalartikel ist es, wofür die ultramontanen Organe plaidieren. Diese offene Anfeindung der neuen Strafprozessordnung von Seite der Finsterlinge ist uns ein sicheres Anzeichen dafür, daß sie, eine der schönsten Errungenschaften der modernen Entwicklung, recht bald im Herzen des Volkes tiefere Wurzeln fassen und eine segensvolle Wirkung auf die politische Erziehung desselben ausüben werde.

Politische Rundschau.

Laibach, 28. Mai.

Inland. In der Samstagssitzung des Reichsrathes wurde die Debatte über die neu einzuführende Strafprozessordnung nach dreitägiger Dauer zu Ende geführt. In einer der Regierungsvorlage völlig gleichlautenden Gestalt wurde sie mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität zum Beschluß erhoben. Dadurch ist einem Fortschritte, der seit einem Jahrzehnte den Gegenstand angestrengten und gewissenhaften Studiums bildete, endlich seine Verwirklichung geworden. Oesterreich braucht nicht mehr verschämt zurückzutreten vor den übrigen Kultur- und Verfassungsstaaten Europas. Wie der Justizminister in seiner glänzenden, beinahe zweistündigen

Ausführung über Entstehung und Inhalt der Strafprozessordnung nicht ohne gerechtes Selbstbewußtsein hervorhob, hat Oesterreich durch diesen Gesetzentwurf die deutschen Nachbarstaaten in mehr als einer Beziehung überholt; denn selbst solche Ergebnisse der wissenschaftlichen Kritik, welche anderwärts ihrer Anwendung durch die praktische Gesetzgebung noch immer entgegenharrten, haben durch das neue Elaborat für Oesterreich ihre Berücksichtigung erfahren. Es wurden demnach die Erfahrungen der Kriminaljustiz mit den Anforderungen der Wissenschaft versöhnt, und Oesterreich wird alsbald die geistige Führung auf diesem Gebiete antreten, auf dem es bisher eine beschämende Rolle inne hatte. Freilich muß nunmehr rasch ernst gemacht werden, dieselben Prinzipien und Erungenschaften alsbald auf dem Gebiete der Ziviljustiz einzubürgern. Ein auf gleicher Grundlage aufzuerbauender Zivilprozeß wird erst das begonnene Werk krönen, und daß der Justizminister mit derselben Sorgfalt diese ebenso wichtige, als schwierige und ehrenvolle Reform betreiben wird, schließen wir aus der ebenso sachlichen als geistvollen Ausführung, mit welcher er den Antrag Bergers auf Zulassung einer Berufung in der Schuldfrage zurückwies. Eines seiner Hauptargumente bestand in dem Hinweis auf das verderbliche Präjudiz, welches dadurch für die künftige Reorganisation des Zivilprozesses geschaffen würde. Nur wenn die gesetzgeberische Reform auch auf das ungleich wichtigere Gebiet der Ziviljustiz ausgedehnt wird, dann erst werden der Sinn für das Recht und die Kenntnis des Rechtes endlich aus dem Geheimnis einer Berufungsklasse das geistige Eigenthum des Volkes geworden sein.

Die czechischen Journale sind nicht wenig erboost über eine Kritik der czechischen Opposition in der russischen „Rovoje Bremja“, in der es unter anderem heißt: „Die Opposition der Czechen charakterisirt sich nicht nur durch nationale Extremität, sondern auch durch mittelalterliche Ideale. Bis jetzt spielte die katholisch-feudale Partei die erste Rolle in der czechischen Bewegung. Dieser Beigeschmack bringt die Czechen um die Hälfte der Popularität, die sie sonst in den Augen der russischen Intelligenz genießen könnten. Ihre nationale Sache würde nichts verlieren, sondern im Gegentheil viel gewinnen, wenn sie nicht jenen unverbesserlichen Dünkel damit verflechten würden, der bei den Westslaven sich überhaupt bemerklich macht. Namentlich den Czechen wird zur Schuld gelegt, daß sie sich allzuviel auf ihre Nationalität zugute thun und gerne die erste Rolle unter den Slaven spielen würden.“

In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses sollte die Frage über den neuen modus pro-

cedendi in der galizischen Angelegenheit zur Entscheidung gebracht werden. Allem Anscheine nach beharrt die Regierung bei ihrem Vorhaben, zunächst das Gutachten des galizischen Landtages einzuholen, und wol mit Recht, denn sie darf nicht sehenden Auges sich in die Gefahr stürzen, in einem der beiden Häuser des Reichsrathes eine Niederlage zu erleiden und dadurch die ganze Frage wieder für die nächste Session kalt zu stellen. Wie es heißt, soll der galizische Landtag in der ersten Hälfte des August einberufen werden, um zu dem Elaborate des Verfassungsausschusses Stellung zu nehmen, d. h. sich über die Annahme oder Verwerfung der in denselben in Aussicht gestellten Concessionen auszusprechen. Nimmt er sie an, dann wird der galizische Ausgleich neben der Wahlreform den Hauptgegenstand der Verhandlungen in der Herbstsession des Reichsrathes bilden, worauf er dann abermals an den galizischen Landtag zur eventuellen Inarticulierung in der Landesordnung gelangt. Weist er dieselben aber zurück, dann ist der Reichsrath der weiteren Mühen überhoben, die Wahlreform wird auch für Galizien votirt werden. Was dann der künftige galizische Landtag thun dürfte, ist eine Frage, die zu beantworten jetzt umso weniger dringlich ist, als ja selbst in Galizien, und nicht allein unter den Ruthenen, die Ansichten über den Werth der Resolution weit auseinandergehen.

Ausland. Von dem Ausschusse für Justizwesen wird dem deutschen Reichstage schon binnen kurzem der Gesetzentwurf gegen die Jesuiten und renitenten Bischöfe vorgelegt werden, welcher, wie die deutsche „Reichskorrespondenz“ referirt, „den religiösen Frieden, die Parität des Glaubensbekenntnisses und den Schutz der Staatsbürger gegen die Verkümmern ihrer Rechte durch geistliche Gewalt sicherstellt.“ Während der Debatte über diesen Entwurf wird, officiosen Korrespondenten zufolge, Fürst Bismarck, seinen Aufenthalt in Barzin unterbrechen.

Nach Berichten von eingeweihter Seite ist überhaupt das Befinden des Reichskanzlers durchaus kein so besorgniserregendes, als man vielfach annimmt. Bismarck war, schreibt der „Magdeburger Zeitung“, nach 1866 viel mehr angegriffen, als jetzt. Der siebenmonatliche Aufenthalt in Frankreich ist ihm so vorzüglich bekommen, daß sein früheres Nervenleiden nur hin und wieder, und zwar in sehr viel schwächerem Grade sich bemerkbar macht. Der längere Urlaub des Reichskanzlers erklärt sich daher nur zum Theile aus seinem Befinden, zum fast größeren Theile noch aus seiner Vorliebe für das Landleben und endlich daraus, daß die politische Lage die allerfriedlichste ist.

Aus einer der jüngsten Kammer-Reden des italienischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Visconti-Venosta, ist hervorzuheben, welcher tiefen Unterschied derselbe zwischen den Beziehungen Italiens zu Frankreich und den Beziehungen zu Deutschland gemacht hat. Während er die ersteren in kühlem Tone bloß als „recht befriedigend“ charakterisirte, nannte er das Verhältnis zu Deutschland ein „ausgezeichnetes und wie es besser nicht gewünscht werden könne“, und er fügte noch hinzu: „Der Widerstand, welchen die Regierungen sowohl in Deutschland, als in Italien einer Partei entgegenzusetzen haben, die zu gleicher Zeit Feindin der staatlichen Autorität und der Freiheit ist, liefert kraft der Solidarität ihrer gemeinschaftlichen Interessen eine neue Grundlage für ihre freundschaftlichen Beziehungen.“ Mit anderen Worten: Der italienische Minister des Aeußern hat die Solidarität der Anstrengungen und Tendenzen Deutschlands und Italiens in ihrem Kampfe gegen den römischen Clerikalismus anerkannt. Ein Beweis für die Intimität, die zwischen Berlin und dem Quirinal herrscht, ist auch in der Reise zu sehen, die der italienische Kronprinz nach Berlin eigens zu dem Zwecke angetreten, um das jüngste Kind des Kronprinzen von Deutschland aus der Taufe zu heben.

ten in der Wüste liegen lassen, bis der Eigenthümer Mittel und Wege fand, sie an den Ort ihrer Bestimmung zu schaffen. Raub, Mord und Diebstahl waren in Nubien unbekante Dinge.

Heute, wo der Kataraktführer an Bord ist, fehlt der günstige Wind, denn eine heftige Brise weht aus Westen. Es ist schon Mittag, und wir liegen leider noch immer ruhig vor Anker. Die gefährliche Fahrt kann nur bei mäßigem Nordwind unternommen werden. Also Geduld, Geduld! — Gott sei Dank, daß wir nicht gefahren sind! Der Westwind ist in einen bösen Chamsin (in Europa besser unter dem Namen Samum bekannt) umgeschlagen, der aus Sudan blasend seine glühenden Fittiche über Assuan ausbreitet. Als unheimliche Vorbote erheben sich wie dicke Mauern undurchdringliche Staubwolken ringsumher, so weit das Auge reicht. Die höheren Schichten der Atmosphäre waren in einen gelb-fahlen Dunst gehüllt, während hinter diesen, wie im Theater verschiedene Wolkenschleier dargestellt werden, eine consistenterere, aber immer noch durchscheinende rothe Wand sich zum Himmel erhob. Auf dem der Stadt gegenüber liegenden Berge schimmerte das blendend weiße Kuppelgrab eines Heiligen, wie ein silbernes Zauberschloß im Dunst verschwimmend. Der Sturm heulte in den Tönen unserer heimischen Windsbraut

und rüttelte mächtig an den Fenstern, Thüren und Wänden unseres schwimmenden Hauses. Die Sonne umgab ein Flammenmeer, während die hoch aufgeregten Wellen des Stromes eine Bleifarbe annahmen. Durch die festen Fugen unserer Behausung drang in dichten Schichten der alles bedeckende, überall sich durchpressende, graugelbe, feine Wüstenstaub, der an allen Stellen, wo ihm Mutter Natur noch nicht zugekommen ist, Haar und Bart grau färbt, alles Geräthe überdeckt, die Spiegel blind macht, das Auge reizt und die Haut mit einer feinen Kruste bedeckt. Einzelne dicke Regentropfen klatschen an der Felswand nieder, eine seltene Erscheinung im Lande des Lichtes und der Sonne. Der Mensch schließt sich ab in seine innerste Behausung, denn wie aus tausend Blasebälgen haucht ihn die glühend heiße Luft an, die Thiere drängen sich ängstlich zusammen, selbst die munteren Affen, deren wir ungefähr ein Duzend an Bord haben, verbergen die Köpfe ängstlich im zitternden Schoß. Wehe dem Schiff, das der Sturm am Katarakte, wehe der Karavane, die er in der Wüste ereilt, rettungslos ist alles verloren, was da athmet. Wir aber danken Gott, daß wir geborgen im sichern Hafen liegen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Tagesgeschichte.

Bei dem immer dringender gewordenen Verlangen nach Vertreibung der Jesuiten aus Deutschland dürfte es, sagt die „Magd. Zig.“, an der Zeit sein, eine Aeußerung eines alten brandenburgischen Kurfürsten ins Gedächtnis zurückzurufen, welche derselbe über jenen Orden gethan hat, als er erst 72 Jahre bestand, und zwar handelt es sich um keine private Aeußerung, sondern um eine solche in einem amtlichen Erlaß. Kurfürst Johann Sigismund war gegen Ende des Jahres 1613 zur reformirten Kirche übergetreten, was den lutherischen Zeloten Anlaß wurde, von neuem mit den lächerlichsten Schimpfreden in ihren Predigten gegen die Reformirten und den Kurfürsten selbst loszuziehen. Letzterer erließ deshalb am 24. Februar 1614 eine scharfe Verordnung, worin der Mißbrauch der Kanzel und überhaupt das Schimpfen und Lästern untersagt wurde, und hierin heißt es unter anderem: „Hat diewegen ein jeder gut zu erachten, wie schmerzlich es uns zu Gemüth gegangen, . . . so viel Schreibens, Verdammens, Kästerns, Stürmens und Schaltens, darunter auch zum Bitteren wenig in Acht genommen, ob man wahr oder unwahr, auf der Kanzel geziemende oder ungeziemende Dinge vorbrächte; nur daß man fromme Christen betrübe, denselben wehe thue und das Mitleid weiblich fühle, die Galle tapfer ausgießen und unsern allgemeinen Feinden, den Jesuiten und Papisten, ein Frohlocken und Gelächter anrichten möchte.“ eine Mahnung, welche leider auch in unserer Zeit noch nicht überflüssig geworden ist.

— Eine Mortargeschichte mit Zubehör erzählen die Schweizerischen Blätter aus dem schwarzen Canton Freiburg: „Ein Protestant kam im Jahre 1859 nach Ramont und verheiratete sich dort mit einer Katholiken. Aus dieser Ehe entsprangen sechs Kinder weiblichen Geschlechts, wovon vier am Leben blieben und in der Religion des Vaters, also protestantisch getauft und erzogen wurden. Dies ärgerte den dortigen Klerus, welcher sich vornahm, die Kleinen mit Güte oder mit Gewalt zu bekehren. Zuerst wurde das älteste sechsjährige Mädchen während einer schweren Krankheit des Vaters und ohne dessen Willen umgetauft. Die drei übrigen wurden weggenommen, ebenfalls umgetauft und dem Familien Oberhaupt erst nach gerichtlicher Klage zurückgegeben. Als der Vater sich beim Pfarrer von Ramont beschwerte, stellte ihn dieser vor die Thür, indem er sagte: „Die Erziehung Eurer Kinder geht Euch nichts an; das ist Sache Eurer Mutter und der Kirche.“ Es scheint hier ein Inverstandnis der katholischen Frau mit den Geistlichen obgewaltet zu haben. Als sich Herr R. G., um den Folgen solcher Gewaltthätigkeiten zu entgehen, letzten Februar in einem nahegelegenen waadtländischen Dorfe etablirte, weigerte sich die Frau, ihm zu folgen, und behielt die Kinder. Sie wendete sich an den Bischof Marilly, welcher den im Canton Waadt wohnhaften Züricher curirte und ihm eröffnete, er sei nach aller Form Rechtsens von seiner Frau getrennt und infolge dessen seien seine Kinder von ihm entfernt worden. In seiner Verzweiflung berief sich der Vater auf das eidgenössische Gesetz, worauf ihm der Bischof antwortete: „Ich handhabe meine Competenz in Ehesachen in betreff aller Katholiken der Diocese Lausanne und Genf.“ Die Klage ist nun beim Bundesrath anhängig gemacht.

— Bekanntlich hat Lyell nach den Angaben Herschel's über das Volumen der über den Meeresspiegel emporragenden Continentalmassen berechnet, daß durch die Abspülung der Erdoberfläche, wie sie gegenwärtig in Nordamerika beobachtet wird, dieser Continent in vier und einer halben Million Jahren gänzlich weggeschwemmt sein wird. Nun weist ein Engländer nach, daß die Ziffer Herschel's irrig sei und auf einem Mißverständnis dessen beruhe, was Humboldt in seinem „Schwerpunkt des Landes über dem Meeresspiegel“ nenne und worunter nichts anderes als „mittlere Höhe“ zu verstehen sei. Demnach müßte die Zeit des Verschwindens von Nordamerika auf 9 Millionen Jahre hinausgeschoben werden.

Fokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Original-Korrespondenz.

Gottschee, 26. Mai. Soeben haben zwei Bauern aus Mohera, einer Ortschaft der Gemeinde Niederdorf, fünf lebende junge Wölfe in einem Alter von drei bis vier Wochen an die k. k. Bezirkshauptmannschaft Gottschee eingeliefert. Die jungen Raubthiere hatte man endlich gestern nach zehnjägigem Herumsuchen neben einem mächtigen Felsen in der herrschaftlichen gottscheer Waldung gegen die Karlsbütte hin aufgefunden, ohne daß man jedoch der Wölfin ansichtig geworden wäre. Die jungen Sprößlinge sind für ihr Alter ungemein kräftige Thiere, und zwar vier Weibchen und ein Männchen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, wie wichtig dieser Fund ist für die so wünschenswerthe Ausrottung der Raubthiere, die in unserer Gegend noch so häufig vorkommen und das ganze Jahr hindurch ihre Verleerungen anrichten, während sie anderswo nur in schneereichen und kalten Wintern sich zeigen. Welche zahlreiche Nachkommenschaft hätten nicht die vier Weibchen binnen wenigen Jahren zutage gefördert!

Fokal-Chronik.

Konstitutioneller Verein in Laibach.

Der Ausschuß beehrt sich hiermit, die Vereinsmitglieder zur **40. Versammlung** einzuladen, welche **heute den 28. Mai l. J., abends 8 Uhr, im Klubzimmer der Kaffinorestitution** (3. Zimmer gassenjense) stattfindet.

Tagesordnung:

1. Der Legalisirungszwang.
2. Die Läder Bahn.
3. Die Jesuitenfrage.

— (Humane Spende.) Ein ungenannt sein wollender Gönner des kaim. Aushilfsbeamten-Kranken- und Unterstützungsvereines hat demselben 15 fl. gespendet.

— (Der freiwilligen Feuerwehr) widmete Herr Hanschuhmacher Bilina als unterstützendes Mitglied den Betrag pr. 10 fl.

— (Die laibacher Tischlergesellen) hielten am letzten Samstag im Fischer'schen Salon eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung ab, bei welcher beschlossen wurde, 10stündige Arbeitszeit (3 bis 4 Stunden weniger als bisher) und eine gleichzeitige Lohnerhöhung zu fordern. Diese Forderung soll nächsten Samstag endgiltig beschlossen und den Meistern vorgelegt werden. Die Gesellen sollen in Hinsicht in drei Fähigkeitsklassen getheilt und je nach der Klasse mit fl. 1.30, 1.50 und 1.80 per Tag bezahlt werden. Kost und Quartier beim Meister, was bisher noch ziemlich üblich war, hätten gänzlich aufzuhören. Gleichzeitig würde allgemeine Kündigung erfolgen, und nur im Falle der Bewilligung der Forderungen seitens der Meister die Arbeit wieder aufgenommen werden, andernfalls aber Arbeitseinstellung stattfinden. Die Forderungen der Gesellen umfassen beiläufig eine Arbeits- und Preisdifferenz von 60 Prozent.

— (Gesekzentwurf zur Regelung der Militäreinquartierung.) Das gemeinsame Kriegsministerium, schreibt „Pesti Naplo“, hat zur Vorlage für beide Legislativen der Monarchie einen Gesekzentwurf ausgearbeitet, durch welchen die Militäreinquartierung auf einer den gegenwärtigen Lokalverhältnissen entsprechenden Grundlage geregelt werden soll. Bisher war für die Militäreinquartierung die kaiserl. Verordnung vom 15. Mai 1851 maßgebend, welche die Einquartierung als ein in natura zu erfüllendes Seruunt auffaßt. Nach dieser Anschauung ist natürlich auch die vom Staate für die stabilen und provisorischen Wohnungen der Offiziere und Soldaten zu leistende Entschädigung auf ein geringes normirt und stand schon zu allem Anfang in den meisten Gegenden in gar keinem Verhältnisse zu den tatsächlichen Mietzinsen. Nachdem die Militäreinquartierung die Gemeinden nicht in gleichem Maße

berührt, derart, daß einzelne von derselben ganz frei bleiben, so folgt daraus natürlich eine ungleichmäßige und übertriebene Belastung einzelner Gemeinden, welche hiegegen hernach protestiren. Das neue Einquartierungsgesetz wird dieser ungleichmäßigen Lastenvertheilung ein Ende machen und die Entschädigung für die Bequartierung der Offiziere und Mannschaft derart regeln, daß dieselbe mit den Mietzinsverhältnissen der einzelnen Gemeinden mehr als bisher in Einklang stehe. Namentlich wird das Hauptstreben darauf gerichtet sein, die Gemeinden zum Bau besonderer Kasernen zu ermuntern, damit die Unterbringung der Soldaten bei den Bürgern oder in provisorischen Gemeindefasernen ganz aufhöre.

— (Maturitätsprüfungen.) Der Minister für Kultus und Unterricht hat auf Grund der in den einzelnen Königreichen und Ländern bestehenden Landesgesetze und Ministerialverordnungen über die Realschulen und der gemäß dieser Gesetze und Verordnungen an denselben eingeführten Lehrpläne eine Vorschrift für die Abhaltung von Maturitätsprüfungen an Realschulen erlassen. Hiernach ist die Berechtigung zum Besuche einer technischen Hochschule für jene abolvirten Schüler einer Realschule, welche als ordentliche Hörer immatriculirt werden wollen, von dem günstigen Erfolge der abzulegenden Maturitätsprüfung abhängig, und sind zur Abhaltung einer Maturitätsprüfung siebenklassige Realschulen, welche das Oeffentlichkeitsrecht besitzen, in dem Falle berechtigt, wenn von ihren Lehrern mindestens drei Viertels für die Oberklassen einer Mittelschule lehrbefähigt sind. Am Schlusse des Jahres 1871/72 wird noch den sechsklassigen Realschulen in Böhmen, Galizien und Triest die Abhaltung von Maturitätsprüfungen gestattet, wobei sie sich jedoch an die Bestimmungen der neuen Vorschrift, soweit dieselben nur immer für sie anwendbar sind, zu halten haben. Die technischen Hochschulen in Prag und Lemberg können auch noch im Schuljahre 1872/73 ordentliche Hörer immatriculiren, die kein Maturitätszeugnis besitzen, jedoch durch eine Ausnahmepfung die erforderliche Geistesreife und wissenschaftliche Vorbildung darthun. Bis zum Schlusse des Schuljahres 1873/74 ist die Maturitätsprüfung bezüglich der Sprachen auf die Unterrichtssprache zu beschränken.

— (Projekt einer Eisenbahnlinie Laibach-Karlstadt.) Die Abgeordneten Graf Thurn und Genossen haben eine Interpellation an das Handelsministerium eingebracht. Dieselbe lautet: „In Anbetracht, daß Projekte einer Eisenbahnlinie Laibach-Karlstadt, eventuell Josephsthal, seit mehr als Jahresfrist beim hohen Handelsministerium mit der Bitte um definitive Concessions-Ertheilung vorliegen, deren eines insbesondere die Städte und Hauptproduktionsorte des Landes Unterkrain berücksichtigt; in anbetracht, daß diese Strecke als Fortsetzung der den Verkehr des Nordwestens Deutschlands mit Oesterreich aufnehmenden tarvis-laibacher Linie gegen Süden als Anschluß an die dalmatinischen und Orientbahnen unerlässlich und von höchster Wichtigkeit für das allgemeine Staatsinteresse ist; in anbetracht ferner, daß zur Hebung der volkswirtschaftlichen Zustände des Landes Unterkrain, zur Ausnützung seiner überreichen Produktionskraft an Bodenerzeugnissen die Linie Laibach-Mudolswarth-Karlstadt eine dringende Nothwendigkeit für die österreichischen Südländer, insbesondere für Krain ist, auch fortwährend Petitionen der Stadt- und Landgemeinden und Corporationen des Landes um Concessionirung dieser Bahn an das hohe Haus einlaufen, stellen die Geseffertigten die Anfrage: Gedenk das hohe Handelsministerium das Projekt einer Eisenbahnlinie Laibach-Karlstadt in der gegenwärtigen Reichsrathssession dem hohen Hause vorzulegen? wenn nicht — bis wann ist diese Vorlage zu gewärtigen, und was gedenkt das hohe Ministerium zur Beschleunigung der Durchführung dieser für Stadt und Land gleich wichtigen Eisenbahn-Verbindung vorzulehren?“ Die Interpellation wird an den Handelsminister geleitet werden.

— (Gegen Arbeitscheue und Landstreicher.) Das in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses zur ersten Lesung gebrachte Gesetz, wo-

mit polizeistrafrechtliche Bestimmungen gegen Arbeitsscheue und Landstreicher erlassen werden, enthält als wesentlichste Bestimmung, daß jeder geschäfts- und arbeitslos Umherziehende, der sich nicht auszuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitze oder redlich zu erwerben suche, als Landstreicher mit Arrest von acht Tagen bis zu einem Monate zu bestrafen ist. § 3. untersagt die Ausstellung von Zeugnissen über Unglücksfälle, welche bestimmt sind, zum Betteln und herumziehen von Ort zu Ort gebraucht zu werden, und setzt auf Uebertretung dieses Verbotes Geldstrafen von 10 bis 100 fl. Fälscher, Diebe oder Landstreicher, die für die Sicherheit des Eigenthums gefährlich erscheinen, können nach Entlassung aus der Strafhaft von den politischen Behörden erster Instanz und den in einzelnen Städten befindlichen landesfürstlichen Polizei-Behörden unter Polizei-Aufsicht gestellt werden, doch darf dieselbe nicht über drei Jahre vom Tage der Entlassung ausgedehnt werden. Gegen arbeitsscheue Personen, welche der bezeichneten Kategorie angehören oder sich der gewerbmäßigen Anzucht oder Uebertretung des Bettelns schuldig machen, kann die Zulässigkeit der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt ausgesprochen werden, wenn deren Stellung unter Polizei-Aufsicht sich als unzureichend darstellt. Die Anhaltung in einer Zwangsarbeitsanstalt darf ununterbrochen nicht länger als drei Jahre dauern. Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, dürfen nur in Besserungsanstalten gegeben werden, jedoch nicht über das zwanzigste Jahr hinaus.

Wirtschaftliches.

(Das lagern des Getreides) tritt ein durch mangelnde Elastizität und Stärke des Halmes, und diese ist veranlaßt durch zu geringe Verholzung, namentlich der untern Stengeltheile. Diese mangelhafte Verholzung aber ist durch zu starke Beschattung, also durch mehr oder minder vorherrschenden Ausschluß des die Verholzung der Zellen bewirkenden Sonnenlichtes verursacht. Daß dieses allein die Verholzung herbeiführt, ist männiglich bekannt, und sei darum nur erinnert an das Steifwerden der Neben in hellen Sommern, an das Verholzen der Hopfenranken, des Spargels und so fort, sobald sie eine zeitlang von den Sonnenstrahlen beeinflusst worden sind. Einzelne stehende Getreidepflanzen lagern sich nicht. Der krankhafte Zustand des lagerns des Getreides darf überhaupt nicht verwechselt werden mit dem mechanischen Niederlegen desselben, einer Folge äußerer Einflüsse, wie Plazregen und so fort. Vor allem muß man, um das lagern des Getreides zu verhüten, entsprechend dünn säen, damit die einzelnen Halme sich gegenseitig nicht zu stark beschatten. Diesen wünschenswerthen Stand erreicht man am leichtesten durch die Drillkultur, und ist denn auch erfahrungsmäßig gedüllte Halmsfrucht dem lagern weniger unterworfen. Bei Mangel an günstiger Beeinflussung durch die Sonnenstrahlen ist das Getreide ganz besonders dem lagern ausgefetzt: in feuchten Jahrgängen, wo eine Störung im Saftumlaufe der Pflanzen stattfindet und diese die zur normalen Bildung erforderlichen Mineralstoffe aufzunehmen nicht vermögen, dann, wenn eine Störung in dem Vorhandensein der Mengenverhältnisse der für die Bildung der Pflanzen erforderlichen Bodennährstoffe überhaupt vorkommt. Aufführen von guten, an Kalk- und Phosphorsäure reichen Erden wirkt in diesem Falle sehr günstig. Nebenbei bemerkt, wird die oben gerühmte Verholzung der Halme durch ein über-

walzen der geilen Saat im Frühjahr wesentlich befördert; nicht minder durch bloßes übertreiben mit Schafen oder durch Schröpfen, welche letztere Arbeit das Eindringen der Sonnenstrahlen wesentlich erleichtert.

Angefommene Fremde.

Am 27. Mai.

Elefant. Gandini, Canto und Bognelli, Besitzer, Mailand. — Eihelter, Abgeordneter, und Dragan, Postmeister, Weissenfels. — Montanari, Italien. — Singer, Deutsch und Treitler, Wien. — Rad. Nemeth, Corfu — Bilha, Bosnien. — Seiler, Bendig. — Dr. Dollar, t. t. Medizinalrath. — Kottwig, Besitzer, Oberlaibach.

Stadt Wien. Lofler, Kaufm., Pest. — Fitz, Gottscheer. — Dr. Juliat, Triest. — Ehrenreich, Gutbesitzer, Ponowitz.

Hotel Europa. Walland, Hotelier, Cilli. — Wagner, Beamte, Nabresina — Hirschfeld, Kaufm., und Ambroschig, Wien. — Nauschensels, Renier, Marburg.

Bairischer Hof. Widig, t. t. Straßhaus-Adjunct, Graz.

Telegramme.

Wien, 27. Mai. Bulletin, 7 1/2 Uhr. Erzherzogin Sophie befindet sich seit den ersten Nachmittagsstunden nach einem Brustkrampfe in Agonie.

Wien, 27. Mai. Der Verfassungsausschuß nahm das vom Subcomité codificirte galizische Ausgleichsgesetz an und schob die Wahl des Berichterstatters bis zum Berichte über die ruthenischen Petitionen auf. Im Verlaufe der Discussion stellte der Ministerpräsident die Wahlreformvorlage für die Herbstsession in Aussicht. Tomaszuk, Coronini und Ranowski meldeten einen Antrag an, über das Ausgleichsgesetz zur Tagesordnung überzugehen.

Telegrafischer Kursbericht

Filiale der Steiermärk. Escomptebank in Laibach, von der t. t. öffentlichen Börse in Wien am 28. Mai.

Vorbörse.

5proz. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 64.75. — 5proz. National-Anlehen 72. — 1860er Staats-Anlehen 103.80. — Bankaktien 837. — Kredit 334.80. — Anglobank —. — Unionbank —. — Wechselbank —. — Lombarden —. — Baubank —. — Tramway —. — Hypothekbank —. — London 112.75. — Silber 110.85. — t. t. Münz-Dufaten 5.42. — 20-Franks-Stücke 8.99.

Witterung.

Laibach, 28. Mai. Kühl, Nordostwind mäßig. Gekochte Wolkendecke. Wärme: Morgens 6 Uhr + 13.1°, nachmittags 2 Uhr + 16.4° C. (1871 + 22.6°; 1870 + 22.1°). Barometer 736.08 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 13.2°, um 2.9° unter dem Normale.

Wiener Börse vom 27. Mai.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Geld	Ware
Spec. Rente, öst. Pap.	64.70	64.80	Def. Hypoth.-Bank	94.75 95.55
do. do. öst. in Silber	72. —	72.10	Prioritäts-Ob. Ag.	
Loose von 1854	96. —	96.50	Subb.-Weil. zu 500 fl.	113.60 113.80
Loose von 1860, ganzl.	103.75	104. —	do. Dens 6 p. Ct.	—
Loose von 1860, Hälftl.	124.50	125. —	Worbb. (100 fl. ö. W.)	103.50 104. —
Vonämisch. v. 1864	147. —	147.50	do. (200 fl. ö. W.)	92.25 92.75
			Staatsbahn pr. Stück	132.50 133. —
Grandentl.-Ob.			Staatsb. pr. Ct. 1867	126.50 127. —
Steiermark zu 5 p. Ct.	91. —	92. —	Autob. (300 fl. ö. W.)	96.80 97. —
Kärnten, Krain	—	—	franz. Jos. (400 fl. ö. W.)	100.75 101.20
u. Kärntenland 5	85.75	86. —		
Ingarn. „ zu 5	82. —	82.0	Loose.	
Kroat. u. Slav. 5	84. —	85. —	Ärcbit 100 fl. ö. W.	187.50 188.50
Siebenbürg. 5	79. —	79.50	Don.-Dambfch.-W.	99. — 99.50
			zu 100 fl. ö. W.	120.50 121.50
Aktien.			do. 50 fl. ö. W.	58. — 59. —
Nationalbank	836. —	838. —	Wierter 40 fl. ö. W.	31.50 33. —
Union-Bank	287.25	287.75	Saim	40 — 41. —
Kreditanstalt	334.80	335. —	Walfb	40 — 41. —
R. ö. Escompte-Bank	998	1000	Wach	40 — 41. —
Anglo-Österr. Bank	321.50	322. —	St. Genois	40 — 41. —
Öst. Bodencred.-B.	270. —	272. —	W. W. (100 fl. ö. W.)	94.40 94.50
Öst. Hypoth.-Bank	98. —	102. —	Frankf. 100 fl.	94.60 94.70
Steier. Escompt.-B.	262. —	263. —	London 10 fl. Sterl.	112.70 112.80
franz. Oestria	138. —	138.25	Paris 100 francs	41.25 41.30
Itali. (per. Worbb.)	2280	2285		
Subban.-Weilfch.	201.50	201.70		
Itali. Escompt.-B.	250.25	250.75		
Karl-Ludwig-Bahn	258.50	259. —		
Stier. Eisenbah.	183.5	184. —		
Staatsbahn	357.50	358. —		
Itali. franz.-Josef-B.	210.75	211. —		
österr. Nordwestb.	187.75	189. —		
Österr.-Pann. Bahn	182. —	182.50		
Pfandbriefe.				
Nation. ö. W. vert. 50	92. —	92.20	Nat. Franz. Lucat.	5.41 5.42
Ing. Vor.-Creditant	89.40	89.70	90-Francant.	9.00 9.01
Öst. öst. Hypoth.-Cred.	103.15	104.80	Steierm. Lucat.	167.50 168. —
do. u. AS. C. Cred.	88.75	89.50	Silber	110.85 111.25

Ein Haus

in Laibach, nicht zu entfernt von den Centralpunkten der Stadt, 2 Stock hoch, mit 12 bis 16 Zimmern wird

zu kaufen gesucht.

Anträge beliebe man an Herrn Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. E. H. Costa zu richten.

Kurort Harkány

in Ungarn, Barangaer Komitat, 2 Stunden von Sünkskirchen, 1 1/2 St. von Villány.

Saison vom 1. Mai bis 1. Oktober.

Dieses 50 Grad R. naturwarme Wasser gehört nicht nur zu den ersten Heilquellen Ungarns, sondern weiters mit den ersten Heilanstalten des Auslandes. Was die chemischen Bestandtheile anbelangt, gehört es zufolge der angestellten Analyse des Herrn Professor Dr. Karl Than zu den Schwefelquellen mit Jod und Schwefelkohlenoxydgas, ein bis dahin nicht gefanntes Gas in dieser Quelle. Wirkt mit ausgezeichnetem Erfolge gegen Gicht, Rheumatismus, Skrophulose, chronische Hautkrankheiten, Hämorrhoiden, Menstrualstörungen und von diesen verursachte Sterilität, weissen Fluss, durch mechanische Verletzungen entstandene Wunden, Geschwülste und Geschwüre, Mercurialvergiftungen; ferner in Leber-, Milz-, Gekrösdrüsenverhärtungen und in Krankheiten der Harnorgane. — Zur Bequemlichkeit dienen die neu mit größtem Komfort eingerichteten Wohnungen, deren Zahl durch die aufgeführten Neubauten bedeutend vermehrt ist. Speise-, Billard-Salon, Table d'hôte. Zur Zerstreuung stabile Kurmusik, Bälle, Kränzchen, Zeitungen und prächtige Parkanlagen. Die Restauration ist anerkannt guten Händen übergeben. Es besteht eine Post- und Telegraphenstation. Zur Reise dient die Eisenbahn Kanizsa-Sünkskirchen und Mohács-Villány-Effet. Auskunft gibt die Badeverwaltung oder der Badearzt Med. und Chir. Dr. Heinrich Freund.

Harkány, im Monate April 1872.

Die Badeverwaltung.

Ein- und Verkauf, sowie Umtausch aller existirenden Staatspapiere, Prioritäts-Obligationen, Lose, Eisenbahn-, Bank- & Industrie-Actien. Einlösung von Coupons. Aufträge für die k. k. Börse werden gegen bar oder eine Angabe von 10 Perz. ausgeführt. Alle Gattungen Lose werden gegen monatliche Ratenzahlungen von 5 fl. aufwärts verkauft.

ROTHSCHILD & COMP.
Opernring 21,
WIEN.

20tel Antheilscheine für alle Ziehungen gültig ohne weitere Nachzahlung auf

K. k. österr. Staats-Lose 1839er	fl. 10
K. k. österr. Staats-Lose 1860er	fl. 8
K. k. österr. Staats-Lose 1864er	fl. 8
Ungarische Prämien-Lose 1870er	fl. 7
Türkische Eisenbahn-Lose 1870er	fl. 4

(36 Ziehungen gültig)